



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
19. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.04.2025
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr
Sitzungsende:	17:12 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Renate Prüß - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt - CDU	
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Wolfgang Baasch - SPD	
Katrin Funk - Die Fraktion	
Nil Gersdorf - CDU	
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD	
Max Manegold - FDP	
Annemarie Pirk - AfD	
Volker Nehrhoff - CDU	Vertreter für AM Kröger
Tobias Preß - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertreter für AM Müller-Lorsen
Burghard Speckmann - SPD	Vertreter für AM Odendahl
Bianca Szygula - LINKE & GAL	Vertreterin für AM Müller
Beiratsmitglieder	
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen	
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Tim Stüttgen - Volt (fraktionslos)	

Verwaltung	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Karin Claus - Soziale Sicherung	nur öffentlichen Teil
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	
FB 2 Personalrat - Personalrat	nur öffentlichen Teil
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	nur öffentlichen Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Gert Wadehn - SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlichen Teil
Matthias Schröder - SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlichen Teil
Julia Schiffner - 2.503 Gesundheitsamt	
Julia Lock - 2.500 Soziale Sicherung	nur öffentlichen Teil
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sandra Odendahl - SPD	entschuldigt
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Delf Kröger - CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1.1	NEU: Sachstand zum Housing First	
3.1.2	NEU: Sachstand Schutzwohnungen	
3.1.3	NEU: Sachstand Team Grundsicherung	
3.2	Informationen aus dem FB 2.500	
4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium	VO/2024/13741-01
6.1.1	BM Tim Stüttgen: Änderungsantrag zu - AT: Abriss-Moratorium	2024/13741-01-03
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Kampagne psychische Gesundheit	VO/2025/14119
7.2	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP), AM Sandra Odendal (SPD), AM Andreas Müller (LINKE/GAL): AT zu Kampagne psychische Gesundheit	VO/2025/14119-01
7.3	AM Michelle Akyurt (CDU), AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Max Manegold (FDP): Schuleingangsuntersuchung.	VO/2025/14128
7.4	AM Mandy Siegnbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Dringlichkeitsantrag: Erarbeitung von Handlungsansätzen zur Unterstützung der Migrationsberatungen	VO/2025/14132
8	Verschiedenes	

8.1	NEU: Ankündigung Terminverschiebung	
8.2	NEU: Sachstand Medi-Büro	
9	Ende des öffentlichen Teils	
11.1	NEU: Ankündigung der Fachbereichsleitung zu Personalangelegenheiten	
11.2	NEU: Anfrage zu Personalangelegenheiten	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie informiert den Ausschuss, dass die Schwangerenberatung sowie die Bahnhofsmision eingeladen wurden, aber beide leider terminlich verhindert sind. Die Einladung erfolgte bereits zu Sitzung im Mai.

Die Vorsitzende verpflichtet die anwesenden neugewählten bürgerliche Ausschussmitglieder Frau Gröschl-Bahr, Frau Gersdorf, Frau Pirk, Frau Funk sowie Herrn Baasch, Herrn Mangelgold, Herrn Preß, Herrn Speckmann und Herrn Nehrhoff mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.

Frau Akyurt stellt dar, dass es bei TOP 7.4 zu einem Dringlichkeitsantrag gekommen ist, weil es im Vorfeld Unklarheiten bezüglich der Fristen gegeben hat.

Die Vorsitzende lässt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Der Ausschuss entscheidet mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen für die Dringlichkeit.

Frau Akyurt stellt den Antrag, die TOPs 6.1 und 6.1.1 zu vertagen, da der Bauausschuss hierzu ebenfalls noch nicht beraten hat.

Das BÜ-Mitglied Herr Stüttgen meldet sich zu Wort und bittet um die Abklärung zwischen den Ausschüssen, damit nicht jeder Ausschuss auf den anderen wartet.

Im Anschluss lässt die Vorsitzende über die Zuordnung des TOP 10 bis 14 en bloc zum nichtöffentlichen Teil abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann, Frau Hartfuß, Frau Dr. Schiffner und Herrn Blank im nichtöffentlichen Teil.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig.“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.03.2025

Frau Timmermann berichtet, dass es im Vorfeld Rückmeldungen zur Niederschrift gegeben hat, die noch eingearbeitet werden.

Die Genehmigung der Niederschrift wird einstimmig verfragt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1.1 NEU: Sachstand zum Housing First

Frau Claus berichtet das aus Krankheitsgründen ein Termin mit der DNNO auf dem 9. April verschoben wurde. Es wird in der Mai-Sitzung berichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.1.2 NEU: Sachstand Schutzwohnungen

Frau Claus berichtet, dass das Land hier Mittel bereitstellen wird, aber die Verteilung noch unklar ist.

Frau Balke erfragt welches Konzept von den übersandten Konzepten verfolgt wird. Frau Claus erklärt, dass hier noch eine Abstimmung mit dem Frauenbüro erfolgt.

Frau Siegenbrink fordert, dass man die Haushaltsberatung noch erreichen sollte.

Frau Akyurt bittet darum, dass man vorab dem Ausschuss noch eine Diskussionsgrundlage zuleiten wird.

Ferne sprechen Frau Dr. Schleker, Frau Claus und Frau Prüß.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.1.3 NEU: Sachstand Team Grundsicherung

Frau Claus gibt einen Zwischenstand zur Abteilung 3 – Materielle Hilfen zu den eingeleiteten Entlastungsmaßnahmen zur besseren Aufgabenerledigung bekannt.

Sie stellt Frau Lock vor, die die Organisationsuntersuchung begleiten wird und berichtet, dass eine dauerhafte Stelle einer stellv. Bereichsleitung neu geschaffen wird.

Es wird der Maßnahmenkatalog zur Entlastung der Abteilung beispielhaft vorgestellt.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass die Erstattung durch das Land in Höhe von 90% erfolgt ist und seitens der Stadtverwaltung die Erstattung der restlichen 10 % betrieben wird. Sie erklärt, dass das Land auch zukünftig 10 % einbehalten möchte, die Stadt dem aber anwaltlich entgegentritt, da es keinen nachgewiesenen Schaden gibt, der eine Zurückhaltung der Gelder rechtfertigen würde.

Frau Claus berichtet, dass inzwischen auch ähnlichen Problemlagen bezüglich der Aufgabenerledigung, Arbeitsrückstände sowie der Mitarbeitendenstruktur im Team Wohngeld bestehen.

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink, Frau Claus Frau Akyurt; Herr Manegold, Herr Baasch, Herr Speckmann und Frau Prüß.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Informationen aus dem FB 2.500

zu 4 Berichte

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium
Vorlage: VO/2024/13741-01**

vertagt

Beschluss: Der Bürgermeister wird als Gesellschafter der städtischen Grundstücks-Gesellschaft Trave aufgefordert, den im Wirtschaftsplan bis 2028 vorgesehenen Abriss von 206 Wohnungen zu widersprechen und die geplanten Wohnungen zusätzlich zu bauen.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister aufgefordert, sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private Wohnungsunternehmen) dafür einzusetzen, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatzneubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung, falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann der Abriss der Altbestände vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.1.1 BM Tim Stüttgen: Änderungsantrag zu - AT: Abriss-Moratorium
Vorlage: 2024/13741-01-03**

vertagt

Beschluss:

Der Bürgermeister und die Verwaltung der Hansestadt Lübeck setzen sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private und kommunale Wohnungsunternehmen) dafür ein, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zusatz-Neubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatz-Neubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann auch der Abriss von Altbeständen vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

Die Situation am Wohnungsmarkt ist weiter zu beobachten und der Politik zu berichten in Bezug auf

- ⑩ die Entwicklung von Angebot und Nachfrage,
- ⑩ die Entwicklung und Planung von Abriss, Ersatz- und Zusatz-Neubau,
- ⑩ die Entwicklung der Kosten für Material und Personal,
- ⑩ Möglichkeiten der Förderung,
- ⑩ wesentliche Veränderungen bei der Finanzierung,
- ⑩ bessere und günstigere Möglichkeiten, Altbestände zu sanieren
- ⑩ usw.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): Kampagne psychische Gesundheit
Vorlage: VO/2025/14119**

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Anträge unter 7.1 und 7.2 wortgleich sind und nur die Antragsteller sich erweitert haben. Somit wird nur über den Antrag zu TOP 7.2 abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen und Organisationen im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit im Lübecker Rathaus in der Zeit vom 10.- 20. Oktober 2025 einen Tag der psychischen Gesundheit zu organisieren.
2. Ziel der Veranstaltung ist es, die Bürgerinnen und Bürger über Hilfs- und Informationsangebote im Bereich der psychischen Gesundheit zu informieren und das Bewusstsein für dieses wichtige Thema zu schärfen.
3. Die Veranstaltung soll kostenneutral und mit minimalem Verwaltungsaufwand durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.2 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP), AM Sandra Odendal (SPD), AM Andreas Müller (LINKE/GAL): AT zu Kampagne psychische Gesundheit
Vorlage: VO/2025/14119-01**

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Frau Senatorin ergänzt nach der Abstimmung, dass der Antrag begrüßt wird, aber erfragt noch, ob die Räumlichkeit „Rathaus“ unbedingt gewollt ist. Man würde versuchen eine –kostenneutrale städtische- Räumlichkeit zu finden, die dem Zwecke dient. Das Rathaus erscheint hierfür nicht so geeignet.

Der Ausschuss ist mit einer anderen Räumlichkeit einverstanden.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen und Organisationen im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit im Lübecker Rathaus in der Zeit vom 10.- 20. Oktober 2025 **einen** Tag der psychischen Gesundheit zu organisieren.
2. Ziel der Veranstaltung ist es, die Bürgerinnen und Bürger über Hilfs- und Informationsangebote im Bereich der psychischen Gesundheit zu informieren und das Bewusstsein für dieses wichtige Thema zu schärfen.
3. Die Veranstaltung soll kostenneutral und mit minimalem Verwaltungsaufwand durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss entscheidet einstimmig, das die Verwaltung entsprechend des Antrags mit der Änderugn in Bezug auf die Räumlichkeiten tätig werden möge.

zu 7.3 AM Michelle Akyurt (CDU), AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Max Manegold (FDP): Schuleingangsuntersuchung. Vorlage: VO/2025/14128

Frau Gröschl-Bahr erfragt, ob es wirklich die Einladung der Kieler Vertretung braucht.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die Einladung erfolgen kann, berichtet aber auch, dass das es einen engen Austausch gibt.

Frau Akyurt bekräftigt die Einladung der Kieler Vertreter:innen erneut .

Hierzu sprechen weiter Frau Prüß, Herr Baasch, Frau Balke sowie Frau Dr. Schleker, die auf die Möglichkeit der Einbeziehung der niedergelassenen Hausärzte verweist.

Frau Dr. Schiffner begrüßt den Antrag, bestätigt den engen Austausch mit Kiel, stellt Frau Dr. Noll , die neue Leitung des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes, vor und erklärt, dass für die kommende Sitzung hierzu eine Vorlage vorbereitet wird.

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 7. Mai 2024 wurde mündlich über den Sachstand der Schuleingangsuntersuchung berichtet. Laut Angaben der Verwaltung wurden damals in der Hansestadt Lübeck für das Schuljahr 2024 gerade mal 34 Prozent der baldigen Schulanfänger von Ärzten des Gesundheitsamtes untersucht. Dies steht im Widerspruch dazu, dass nach den rechtlichen Vorgaben der Landesverordnung über die schulärztliche Aufgaben angehende Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen „verpflichtet“ sind, sich „vor Beginn des Besuchs der Grundschule schulärztlich untersuchen

zu lassen.“

Die Verwaltung wird gebeten, zu berichten:

1.) Wie ist aktuell der Sachstand der Schuleingangsuntersuchung bei den Schulanfängern für das Schuljahr 2025?

2.) Inwieweit ist absehbar, ob die Stadt das selbstgesteckte Ziel erreichen wird, in diesem Jahr eine Quote von 80 Prozent zu erreichen (vgl. Lübecker Nachrichten vom 18.12.2024).

3.) Im erwähnten Beitrag der Lübecker Nachrichten aus dem Dezember 2024 wird eine Sprecherin der Stadt dahingehend zitiert, dass „voraussichtlich ab Februar 2025“ alle erforderlichen Stellen besetzt sein werden. Wie ist hier der aktuelle Stand?

4.) Welche Maßnahmen will die Verwaltung zudem unternehmen, um die vorgeschriebenen 100 Prozent der Schulanfänger zu untersuchen?

5.) Einem Zeitungsbericht der Lübecker Nachrichten im Nachgang der vorgenannten Sozialausschusssitzung ist zu entnehmen, dass Lübeck bei Schuleingangsuntersuchungen deutlich hinter dem Umland hinterherhinkt. In der Stadt Kiel und in den Landkreisen Herzogtum Lauenburg und Ostholstein konnten damals ausweislich einer Aufstellung des Landes 100 Prozent der notwendigen Untersuchungen erfolgen.

Die Verwaltung wird aufgefordert,

in die Ausschusssitzung im Juni 2025 Vertreter o.g. Verwaltungen als Best-Practice-Beispiele einzuladen, um geeignete Maßnahmen für die Stadt Lübeck abzuleiten und die vorgeschriebenen 100 Prozent der Untersuchung von Schulanfängern zu erreichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss entscheidet einstimmig gemäß Antrag.

**zu 7.4 AM Mandy Siegnbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP):Dringlichkeitsantrag: Erarbeitung von Handlungsansätzen zur Unterstützung der Migrationsberatungen
Vorlage: VO/2025/14132**

Hierzu spricht Frau Siegenbrink.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Handlungsansätze zu erarbeiten, wie die verschiedenen Migrationsberatungsstellen in Lübeck durch die Kommune unterstützt werden können. Ziel ist es, die Migrationsberatungen dauerhaft zu erhalten und deren Arbeit sicherzustellen.

Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Analyse bestehender Förderstrukturen auf Landes- und Bundesebene, um mögliche Synergien mit kommunalen Mitteln optimal zu nutzen.
- Analyse bestehender Beratungsangebote, um mögliche Doppelstrukturen zu vermeiden und Beratungsangebote optimal an den Bedarfen zu unterstützen.
- Einbeziehung alternativer Finanzierungsmodelle, etwa durch kommunale Fonds, Kooperationen mit Stiftungen oder öffentlich-private Partnerschaften.
- Erarbeitung konkreter Finanzierungsmöglichkeiten, die eine gerechte und auskömmliche Mitfinanzierung ermöglichen, unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage der Stadt.
- Darstellung der Auswirkungen einer kommunalen Mitfinanzierung auf den städtischen Haushalt sowie der Konsequenzen einer ausbleibenden Unterstützung für die Beratungsstellen und die Integrationsarbeit in Lübeck.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, dass die Verwaltung gem. Antrag tätig werde möge.

zu 8 **Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

zu 8.1 **NEU: Ankündigung Terminverschiebung**

Die Vorsitzende berichtet darüber, dass die Sitzung des Ausschusses am Dienstag, den 07.10.2025 leider ausfallen muss und stattdessen am Mittwoch, den 15.10.2025 eine Sitzung stattfinden wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 NEU: Sachstand Medi-Büro

Frau Siegenbrink erfragt den Sachstand zum Medi-Büro

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, hierzu im nächsten Ausschuss vorzutragen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 17:08 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17:10 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 11.1 NEU: Ankündigung der Fachbereichsleitung zu Personalangelegenheiten

Frau Senatorin Steinrücke informiert den Ausschuss, dass der Leiter des Gesundheitsamtes, Herr Dr. Mischnik sich neuen beruflichen Herausforderung stellen möchte und die Stadt zum 01.07.2025 verlassen wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11.2 NEU: Anfrage zu Personalangelegenheiten

Frau Akyurt erkundigt sich nach der möglichen Rückkehr von Frau Schwartz.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass sie mit Frau Schwartz im Austausch ist und ein Zeitpunkt der der Rückkehr noch nicht benannt werden kann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis..

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 17.12 Uhr

Lübeck, den 6. Juni 2025

Renate Prüß
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung